

## Vergoldeter Abgang für Nahles nach dem Bundestag

Der Aufenthalt im Bundestag ist wirtschaftlich sehr angenehm, aber auch der Abgang wird vergoldet. Sollte Andrea Nahles - wie angekündigt - auch ihr Bundestagsmandat aufgeben, erhielte sie ihre Diäten von derzeit 9780 Euro und das 14 Monate lang. Ab dem 1. Juli wird die Abgeordnetenentschädigung sogar 10.083 Euro im Monat betragen. Vom zweiten Monat an werden andere Einkünfte in voller Höhe auf dieses Übergangsgeld angerechnet. Der Hintergrund: Andrea Nahles kündigte kürzlich an, sowohl den SPD-Parteivorsitz als auch ihr Bundestagsmandat aufzugeben.

Mit insgesamt 18 Jahren im Bundestag und 4 Jahren als Bundesministerin hat sich Nahles auch Ansprüche auf eine Altersversorgung erworben. Für jedes Jahr im Bundestag erhält sie eine monatliche Altersentschädigung von 2,5 Prozent der derzeitigen Abgeordneten-diäten. Das wären aktuell 45 Prozent von 9780 Euro oder künftig von 10 083 Euro, also 4401 beziehungsweise 4537 Euro monatlich.

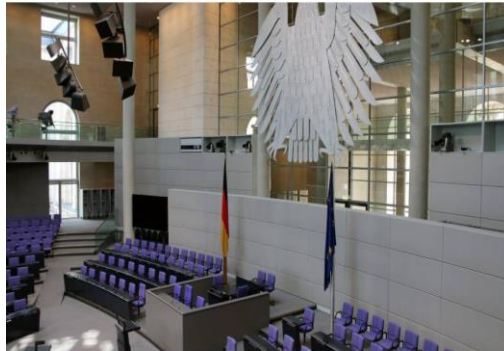
## Wenn Anwälte Islamisten nach Deutschland holen wollen...

Ein mutmaßlicher Dschihadist der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) will aus der Haft im Nordirak zurückkehren. Der deutsche Staatsbürger Deniz B., der seit 2017 in einem kurdischen Gefängnis sitzt, hat über seine Anwälte vor dem Verwaltungsgericht Berlin auf eine Rückholung geklagt. Ihrem Mandanten wird vorgeworfen, Mitglied einer terroristischen Vereinigung zu sein.

Bislang sei es zu keiner Anklage gekommen, bei einer Verurteilung droht ihm jedoch die Todesstrafe. Dieser Umstand sei auch der Bundesregierung bekannt, dennoch gebe es keine Bemühungen, ihn zurückzuholen. "Es besteht eine Rechtspflicht zum Handeln, da das Leben des Klägers in Gefahr ist", argumentieren die Anwälte Basay-Yildiz und

## NEIN ZUR DIÄTENERHÖHUNG!

### POLITIK FÜR'S VOLK, STATT FÜR DIE EIGENE TASCHEN.



### RICHTIG EHRliche POLITIK



Ab dem Juli 2019 haben sich unsere selbsternannten Volksvertreter die nächste Diätenerhöhung erworben. Um rund 400 Euro steigt dann das Grundgehalt jedes Bundestagsabgeordneten auf knapp 10.100 Euro monatlich. Das Plus wirkt sich auch auf die Pensionen der Abgeordneten aus. Künftig betrage der Pensionsanspruch pro Mandatsjahr 251,84 Euro – zahlbar ab 67 Jahren. Seit 2016 steigen die Diäten entsprechend der Lohn- und Gehaltsentwicklung ganz automatisch. Die Erhöhung erfolgt ohne Aussprache und Abstimmung.

## Bundesregierung beschließt weitere Zuwanderung

Die Zuwanderung nach Deutschland soll für angebliche Fachkräfte leichter werden. Entsprechende neue Regeln beschloss der Bundestag mit den Stimmen von 369 Abgeordneten. Von all den Gesetzen des Migrationspaktes ist das Fachkräfte-Gesetz aus meiner Sicht das notwendigste und das wichtigste“, sagte Bundesinnenminister Seehofer. Damit es Wirkung zeige, müssten aber auch die oft monatelangen Wartezeiten bei der Visavergabe kürzer werden. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz soll Arbeitnehmern aus Nicht-EU-Staaten den Weg nach Deutschland ebnen. Die Beschränkung auf Engpassberufe soll ebenso entfallen wie die Vorrangprüfung, bei der untersucht wird, ob auch Deutsche oder andere EU-Bürger für eine Stelle infrage kommen und berücksichtigt werden müssten. Damit dürfte die Einwanderung in unsere Sozialsysteme ungebremst weitergehen. Die Bundesregierung geht von etwa 25 000 zusätzlichen Fachkräften pro Jahr aus und hätte gerne ein Vielfaches mehr.

Aydin, bei denen der Name bereits Rückschlüsse auf die Herkunft zulässt.

Sie haben diese Woche vor dem Verwaltungsgericht in Berlin die Ministerien des Äußeren, des Inneren und der Justiz verklagt. Aus Sicht der Juristen sei die Bundesrepublik verfassungsrechtlich dazu verpflichtet, den Kläger nach Deutschland zu holen. Dieser Verpflichtung sei diese bisher aus politischen Motiven heraus nicht nachgekommen.

Die Anwälte beziehen sich auf Bundesinnenminister Horst Seehofer, der im April den Vorschlag unterstützte, im Ausland inhaftierten deutschen IS-Kämpfern international den Prozess zu machen, statt sie nach Deutschland zu holen. Der CSU-Politiker reihte sich damit

in die Forderung anderer internationaler Politiker ein. Sollten die Anwälte dennoch erfolgreich die Rückholung des Islamisten einklagen, dann dürfen weitere Verfahren nur eine Frage der Zeit sein, denn es handelt sich bei dem Islamisten nicht um den einzigen IS-Kämpfer mit deutschem Pass, der in einem ausländischen Gefängnis sitzt.

Die deutschen Sicherheitsbehörden gingen Anfang April nach Angaben des Bundesinnenministeriums von 66 mutmaßlichen IS-Angehörigen aus Deutschland aus, die sich in Gefangenschaft im syrischen Kurdengebiet befinden. Gegen 21 von ihnen lagen demnach Haftbefehle vor. Hinzu kämen noch Dutzende Frauen und Kinder, heißt es aus Sicherheitskreisen.

# Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

**DIE**  
**REPUBLIKANER** **REP**

## Griechenland will bis zu 400 Milliarden Euro Reparationszahlungen

Die Griechen und das Geld ist ein Thema für sich. Wenn sie nicht gerade wieder pleite sind und Kredite fordern, dann kann es zwischen den Pleiten auch zu anderen Unverschämtheiten der gerade Regierenden kommen. Die aktuelle griechische Regierung hat Deutschland offiziell zu Verhandlungen über Weltkriegsreparationszahlungen aufgefordert. Am Dienstagabend teilte das griechische Außenministerium mit, Athen fordere Deutschland zu Verhandlungen auf. Darin solle die angeblich "offene Frage von Reparationen" zur Sprache kommen. Aus dem Auswärtigen Amt wurde der Eingang der vertraulichen Verbalnote des Außenministeriums bestätigt. Diese werde geprüft.

Konkret geht es um Reparationsforderungen aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg gegenüber der Bundesrepublik. Mit der Verbalnote wurde ein griechischer Parlamentsbeschluss vom 17. April 2019 umgesetzt. Autorisiert wurde das Vorgehen von der linken Regierungspartei Syriza, der konservativen Nea Dimokratia, der Bewegung der Veränderung und der Zentrumsunion. Beide Parteien hatten in der Vergangenheit bereits immer wieder deutlich gezeigt, was für ein skurriles Wirtschaftsverständnis sie haben.

Es gibt unterschiedliche Berechnungen bei den Forderungen, sie liegen zwischen 250 Milliarden und 400 Milliarden Euro. Ein Parlamentsausschuss in Athen bezifferte die deutsche Schuld auf mind. 270 Milliarden Euro. Ähnliche Forderungen tauchen auch aus anderen Ländern immer wieder auf, wie z.B. Polen. Da unsere Regierung nicht unbedingt für Stehvermögen bekannt ist und der Linksruck in Deutschland sich auch immer mehr auf die Politik der CDU auswirkt, darf nur noch gehofft werden, dass derartige Forderungen konsequent zurückgewiesen werden.

## Entsorgte Nahrung aus Containern zu holen bleibt strafbar

Immer mehr Menschen in Deutschland haben aus den verschiedensten Gründen nicht genug Essen. Die Schlangen an den Tafeln werden länger und länger und täglich werden tonnenweise Nahrungsmittel alleine in Deutschland vernichtet, von denen viele noch genießbar sind. Auch aus diesem Grund "Containern" vermehrt Bürger, d.h., sie holen Lebensmittel aus den Containern wieder raus und verzehren diese. Es ist aber gesetzlich Lebensmittel aus dem Müll zu holen.

Nach Schätzungen wird ein Drittel der Lebensmittel in Deutschland verschwendet – eine Zahl, die unsere Überflussesgesellschaft treffend beschreibt. Vieles davon geht auf das Konto der Lebensmittelketten, die aber handeln auch nur nach dem Willen von uns Verbrauchern.

Die Legalisierung der Entnahme von entsorgten Nahrungsmitteln z.B. aus Containern von Supermärkten bleibt aber weiterhin strafbar. "Wir wollen nicht, dass sich Menschen in eine solche menschenunwürdige und hygienisch problematische Situation begeben", sagte der Sprecher der CDU-geführten Länder, Sachsens Justizminister Sebastian Gemkow (CDU). Dem kann man zunächst einmal ohne Wenn und Aber zustimmen. Im Müll zu wühlen, um Lebensmittel zu finden, das sollte niemandem zugemutet werden. Dennoch ist genau das in einem reichen Land wie Deutschland für manche Menschen die bittere Lebensrealität.

## Große Ditib-Moschee in Solingen

Der türkisch gelenkten Ditib-Gemeinde reicht das Platzangebot in ihrer jetzigen Moschee an der Kasernenstraße nicht mehr aus. Sie will sich an der Schlachthofstraße in Solingen massiv vergrößern. Auf der Suche nach einem neuen Standort wurden sie vor gut einem Jahr auf dem Gelände der Firma Otto Kalkum GmbH & Co. KG an der Schlachthofstraße fündig. Die Verkaufsgespräche für das Gelände sind abgeschlossen, das Grundstück gehört inzwischen der Ditib-Gemeinde und eine Prunk-Moschee soll nun dort entstehen.

### Ihre Unterschrift

MITGLIED WERDEN

Sag JA zu REP!

Unterschrift

für unsere Zukunft &gt;

Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Spenden für  
Deutschland >



## Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,

IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.i.S.d.P. Tilo Schöne

## Kontaktaufnahme:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder [kontakt@rep.de](mailto:kontakt@rep.de)

[Informieren Sie sich über unsere Arbeit](#)

Ich möchte mehr über die Partei erfahren.

Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.

Ich möchte Mitglied werden.

## VERANSTALTUNGSKALENDER

### Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Informationen unter:725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindewirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788





# Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

**DIE REPUBLIKANER(REP)**  
 Postfach 140407  
 40074 Düsseldorf

# Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen: 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • [bund@rep.de](mailto:bund@rep.de)

Titel, Vorname, Nachname \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

Postleitzahl \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ Telefax \_\_\_\_\_

E-Post \_\_\_\_\_

Konfession / Beruf / Tätigkeit \_\_\_\_\_ Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post  
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) \_\_\_\_\_ Zahlungsart  Überweisung  Lastschrift Zahlungsrhythmus  jährlich  halbjährlich

**Beitrag mind. 10.00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.**

## Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut \_\_\_\_\_ BIC/Swift-Code \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
<b>Kreisverband</b> <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	<b>Bezirksverband</b> <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	<b>Landesverband</b> <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	<b>Bundesverband</b> <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.